



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 12.06.2012, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, großer Saal, Am Alten
Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

- 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**
- 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**
- 3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 37. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 15.05.2012**
- 4. Feststellung der Tagesordnung**
- 5. Informationen des Vorsitzenden**
- 6. Einwohnerfragestunde**
- 7. Informationen aus der Stadtverwaltung**
 - 7.1. Information zu „Kooperation konkret“**
 - 7.2. Planung Regenentwässerung Brandenburgisches Viertel**
 - 7.3. Planung Regenentwässerung Georg-Friedrich-Hegel-Straße**
 - 7.4. Stand der städtischen Tiefbaumaßnahmen**
 - 7.5. Stand Heizung ZOO**
 - 7.6. Stand Kita Sonnenschein**

- 10.6. Vorlage: BV/787/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Stellungnahme der Stadt Eberswalde als Betroffene zum Planfeststellungsverfahren 380-kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen 481/482 (Uckermarkleitung), Planänderung Mast Nr. 230-251
- 10.7. Vorlage: BV/788/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Stellungnahme der Stadt Eberswalde als Träger öffentlicher Belange zum Planfeststellungsverfahren 380-kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen 481/482 (Uckermarkleitung), Planänderung Mast Nr. 230-251
- 10.8. Vorlage: BV/778/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Baubeschluss Sanierung Schillertreppe
- 10.9. Vorlage: BV/786/2012 Einreicher/zuständige
Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt
Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrag Blumenwerderstraße 9

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Sachse begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Sachse stellt fest, dass form –und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Zu Beginn der Sitzung sind 7 Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt anwesend. Im Verlauf der Sitzung nimmt ein weiteres Mitglied des Ausschusses teil.

(siehe Teilnahmeliste Anlage 1)

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 37. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 15.05.2012

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Sachse teilt mit:

- TOP 10.3.: BV/766/2012

Vorlage Stadtentwicklungsamt „Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde – Beschluss über die öffentliche Auslegung zum FNP-Entwurf“ wird vorgezogen und als erste Beschlussvorlage unter TOP 10.1 behandelt.

- TOP 10.9.: BV/790/2012

Die Vorlage „Umbau OSZ II zur Grundschule mit Hort, Genehmigung der Entwurfsplanung“ wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Frau Fellner teilt mit, dass aus heutiger Sicht die Maßnahme umfangreicher zu betrachten und zu prüfen ist und nach der Sommerpause erneut in den Ausschüssen vorgestellt wird.

**- TOP 7.1. nichtöffentliche Beschlussvorlage wird öffentlich Beschlussvorlage:
BV/781/2012**

Stadtentwicklungsamt Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrag Blumenwerderstraße 9

- TOP 10.2.: BV/745/2012

Weitere Betreuung des Familiengartens

Wird nicht behandelt, da zum ABPU keine direkten inhaltlichen Belange.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Sachse weist auf die außerplanmäßige Sitzung am 26.06.2012 um 19.00 Uhr im Konferenzraum in der Rathauspassage hin. Die Einladungen zur Sitzung wurden vor der heutigen Sitzung verteilt.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Herr Gerhard Kroll, Schorfheidestraße 22,

weist zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer am Fußgängerüberweg in der Prignitzer Straße hin. Verkehrszeichen wurden entfernt, andere sind noch vorhanden. Es gibt keine eindeutige Regelung. Ein Gespräch mit der Verkehrsbehörde über die Beschilderung führte bis heute zu keinem Ergebnis.

Die Verwaltung sagt eine Klärung des Sachverhaltung und eine schriftliche Beantwortung zu.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Fellner informiert, dass am 07.06.2012 die erste Regionalkonferenz für Objektplaner und der Bauaufsicht der Stadt Eberswalde und des Landkreises stattfand.

Hierbei standen die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen den Objektplanern und der Bauaufsicht an erster Stelle.

Bauanträge können ab sofort auch digital abgespeichert und beim Bauordnungsamt eingereicht werden. Dies kann per CD oder USB-Stick erfolgen. Die elektronisch eingereichten Unterlagen verkürzen den Bearbeitungsaufwand und somit die Dauer des Antragsverfahrens. Das Bauordnungsamt strebt eine Laufzeit von zwei Monaten an. Digital gespeicherte Unterlagen ermöglichen einen schnellen und parallelen Austausch innerhalb der Verwaltung mit den jeweilig zustimmungspflichtigen Ämtern. Zunächst ist es allerdings weiterhin erforderlich, den Bauantrag in dreifacher schriftlicher Ausführung einzureichen.

Weiterhin informierte Frau Fellner darüber, dass die Straßenausbaubeitragsbescheide für den Kupferhammerweg vor Beginn der Reparaturarbeiten am 18.06.2012 versendet werden und die Fälligkeit zur Zahlung bis zum 31.10.2012 eingerichtet wurde.

TOP 7.1

Information zu "Kooperation konkret"

Frau Leuschner stellt in einer Präsentation den aktuellen Stand vor.

Siehe Anlage 2

Siehe Anlage 3 Presseinfo die vor der Sitzung verteilt wurde.

TOP 7.2

Planung Regenentwässerung Brandenburgisches Viertel

Herr Siegel vom Tiefbauamt stellt in einer Präsentation die Untersuchungsergebnisse zum Regenrückhaltebecken für das Brandenburgische Viertel vor. **siehe Anlage 4**

TOP 7.3

Planung Regenentwässerung Georg-Friedrich-Hegel-Straße

Herr Siegel informiert über den aktuellen Planungsstand zur Regenentwässerung G.-Fr.-Hegel-Str. anhand einer Präsentation. **siehe Anlage 5**

TOP 7.4

Stand der städtischen Tiefbaumaßnahmen

Frau Köhler berichtet über den Stand der städtischen Tiefbaumaßnahmen 2012 anhand einer Präsentation. **siehe Anlage 6**

Weiterhin Informiert Frau Köhler, dass die Frankfurter Allee eine doppelte Oberflächenbehandlung erhält. Die Angebote liegen vor, Auswertung und Zuschlag erfolgen in Kürze.

TOP 7.5

Stand Heizung ZOO

Herr Bessel berichtet zum Stand „Heizungsanlage Zoo“

1. Planungen

- Leitungsnetz: abgeschlossen
- Heizzentrale und Gebäudeinstallation: Ausführungsplanungen laufen, LV Anfang 25. KW

2. Ausschreibungen

- Leitungsnetz: abgeschlossen, z. Z. Erarbeitung des Vergabevorschlages und der Beschlussvorlage für HA am 21. Juni, berechneter Kostenrahmen wird eingehalten
- Heizzentrale und Gebäudeinstallation: in Vorbereitung, Veröffentlichung am 21. Juni, Vergabebeschluss für HA am 2. August vorgesehen

3. Bautenstand

- Baubeginn (Tiefbau und Fernwärmeleitungen) voraussichtlich Anfang Juli
- Tiefbauarbeiten mit eigenen Mitarbeitern (Amt 60, Bauhof, Zoo, befristet Beschäftigte)

4. Technik / Erneuerbare Energien

- Grundlast: BHKW, ca. 70 kW_{therm.} / 30 kW_{elektr.}
- Spitzenlast: Holzpellet-Doppelkessel-Anlage, 2mal 150-180 kW, modulierend

- Übergangszeit und Substitution von Holzpellets: Scheitholz-Kessel, 70 kW (bereits vorhanden)
- Zur besseren Auslastung des BHKW (möglichst ganzjähriger Betrieb) Verzicht auf Solarthermie und Wärmerückgewinnung aus den Kühlaggregaten

5. Förderung

- Vorstellung des Projektes am 30. Mai bei der ZAB Brandenburg:
 - grundsätzlich förderfähig (Heizzentrale mit Blockheizkraftwerk und Pelletkesseln, Fernwärmenetz), weil 100 % der Heizleistung aus Kraftwärmekopplung und erneuerbarer Energie bereit gestellt werden
 - Fördermittelantrag kann jedenfalls zeitnah eingereicht werden
- - Planungsbüro erarbeitet derzeit Fördermittelantrag mit Kosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Einreichung sodann

Herr Dr. Mai fragt, ob auch im Sommer Wärmebedarf besteht?

Herr Bessel teilt mit, dass der Bedarf an Wärme ganzjährig besteht.

Herr Banaskiewicz, weist darauf hin, um Missverständnisse zu vermeiden die Bezeichnung Fernwärmeleitung nicht zu verwenden. Man könnte annehmen, dass die Wärme von anderswo herkommt und diese sich nicht auf dem eigenen Gelände des Zoos befindet.

Weiterhin fragt er, ob die Tiefbauarbeiten Bestandteil der Kostenberechnung waren.

Herr Bessel teilt mit, dass die Tiefbauarbeiten Bestandteil der Kostenschätzung waren, aber durch den Einsatz von eigenen Mitarbeitern und Kurzarbeitskräften eine kostengünstigere Lösung darstellt.

Herr Hey fragt nach der Anzahl der Betriebsstunden der Anlage.

Herr Bessel teilt mit, dass diese deutlich über 7.000 Betriebsstunden liegen.

TOP 7.6

Stand Kita Sonnenschein

Herr Bessel informiert über den Bautenstand

- **Haus 1** wurde im Dezember 2011 zur Nutzung übergeben
Restleistungen: Blitzschutz, Gerüstbau, Fassade, Außenanlagen mit Rettungsweg KG

- Haus 2

12 Bauvergaben sind erfolgt davon 4 Vorlagen für HA (über 50 T€), 4 Vergaben an Eberswalder Firmen (davon 2x über 50 T€)

Innenwanddämmung und Estrich im EG ist abgeschlossen, z.Zt. Installation

Gebäudetechnik, Zimmererarbeiten im DG, Dachdeckerarbeiten mit Dachfenster

Zielstellung Haus 2 bis zum 30. 06. 12 fertig zustellen konnte nicht eingehalten werden.

- lange Fristen bei Ausschreibungen und Vorlagen für die Ausschüsse
- Abstimmungen Mit Denkmalschutz langwierig, Auflagen Denkmalschutz für Voruntersuchungen Fassade
- Gesonderter Bauantrag Fassade
- Mehraufwendungen nach Vorgabe des Prüfstatikers

Vorgesehener Termin für die Nutzungsfreigabe Haus 2 ist der 20.09.2012.

2. Finanzen/ Finanzprobleme

- Haus 1

Im Haushalt 2012 stehen noch 106 T€ zur Verfügung

Finanzierung der Restleistungen (siehe Punkt 1)

Das Haus 1 wird nach Fertigstellung ca. 200 T€ teurer gegenüber der Kostensch. von 2010

(Schätzung: 650 T€- Ergebnis: ca. 850 T€)

Gründe:

- zusätzliche massive Deckenverstärkungen (Forderungen aus der Prüfstatik)
- Austausch von Balken u. Dielung wegen Hausschwamm
- Zusätzliche Brandschutzanforderungen (z.B. Brandschutzfenster im Rettungsweg, Sicherheitsbeleuchtung)

- Haus 2

Kostenschätzung vom 05.02.11	704 T€
Fördermittel nach Plausibilitätsprüfung	524 T€
<u>Kosten Stand 22.05.12 (teils Verträge , teils Schätzung)</u>	<u>809 T €</u>

Mehrbedarf über die Förderung hinaus 285 T €

Gründe für die voraussichtlichen Mehrkosten:

- Die Differenz von 185 T€ zwischen Kostenschätzung u. Plausibilitätsprüfung sollte aus der
- Restsumme von Haus 1 finanziert werden. Da die Kosten Haus 1 sich erhöht haben, ist das nicht mehr möglich.
- Es wird nicht alles gefördert, wie zum Beispiel Lampen und Boiler.
- Die Sicherheitsbeleuchtung u. die höheren Kosten für den Blitzschutz waren nicht Bestandteil der ursprünglichen Kostenschätzung vom 05.02.11
- Mehrkosten für Stürze und Stahlträger (Forderungen aus der Prüfstatik)
- Mehraufwendungen für Deckenkonstruktion im DG als Ausfachung zwischen den

Sparren mit Promatplatten als Brandschutzverkleidung

- Verlegung des Büros aus dem KG Haus 1 in das DG Haus 2
- Integrierung Behindertentoilette im EG mit Türverbreiterungen
- Allgemeine Erhöhung der Materialkosten insbesondere für Brandschutz
- Neuer HA für Schmutzwasser, über den Einbau eines neuen Fettabscheiders gibt es zur Zeit noch Verhandlungen mit dem ZWA (T. 26.06.2012- Frau Wagner hat zur Zeit Urlaub)

3. Lösungsvorschläge

Bis zum 15.06.12 wird eine neue Kostenermittlung für Haus 2 erarbeitet, auf Grundlage bereits getätigter Vergaben bzw. Kostenschätzungen auf der Grundlage der aktuellen Erkenntnisse.

Diese Kostenschätzung soll noch einmal zur Plausibilitätsprüfung eingereicht werden. Ziel ist die Erhöhung der Fördermittelsumme.

Bis dahin erfolgt die finanzielle Abdeckung durch 61. Für 2013 werden zusätzliche Mittel für die Kita Sonnenschein eingeplant, zur Ablösung der von 61 verauslagten Mittel.

Herr Banaskiewicz fragt, ob für die Stadt Mehrkosten für die Nutzung des Ausweichobjektes Eisenbahnstraße 100 entstehen, da das Haus II (Hort) nicht rechtzeitig fertig wird.

Herr Bessel teilt mit, dass das nicht der Fall ist.

TOP 7.7

Information über die neuen Jahresvertragsfirmen

Herr Bessel informiert wer die neue Jahresvertragsfirmen für die Unterhaltung der städtischen Gebäude sind:

- für Einzelaufträge bis max. 2.500,00 €
- Jahresgesamtsumme pro Gewerk max. 45.000,00 €

- beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb in mehreren Losen

Dachdecker- und Dachklempnerarbeiten (Los 2)

Elektroarbeiten (Los 3)

Verglasungsarbeiten (Los 5)

Tischlerarbeiten (Los 6)

Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten (Los 8)

- Anzahl der Bieter:

15 Firmen haben 17 Bewerbungen eingereicht

- Bewerbungen im öffentlichen Teilnahmewettbewerb:

Dachdecker- und Dachklempnerarbeiten (Los 2).....	3 Bewerber
Elektroarbeiten (Los 3).....	4 Bewerber
Verglasungsarbeiten (Los 5)	2 Bewerber
Tischlerarbeiten (Los 6).....	6 Bewerber
Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten (Los 8).....	4 Bewerber

- kein Ausschluss im öffentlichen Teilnahmewettbewerb

- nicht alle Firmen haben Angebote zur beschränkten Ausschreibung eingereicht

- Angebote im Rahmen der beschränkten Ausschreibung:

Dachdecker- und Dachklempnerarbeiten (Los 2).....	3 Anbieter
Elektroarbeiten (Los 3).....	2 Anbieter
Verglasungsarbeiten (Los 5)	2 Anbieter
Tischlerarbeiten (Los 6).....	4 Anbieter
Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten (Los 8).....	4 Anbieter

Submissionstermin: 17.04.2012

Ende der Zuschlagsfrist: 31.05.2012

- Ergebnis:

Dachdecker- und Dachklempnerarbeiten (Los 2).....	Dachdecker Axel Lockfeldt GmbH
Elektroarbeiten (Los 3).....	Elektrotechnik Bohnenstengel GmbH
Verglasungsarbeiten (Los 5)	Tischlerei Matthias Templin GmbH
Tischlerarbeiten (Los 6).....	Staubach Wand-Boden-Decke
Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten (Los 8).....	Dahms Heizung Sanitär Installation

- Bindung an die Jahresvertragsfirmen vom 01.06.2012 bis 31.12.2012

- Verlängerung auf Antrag der Firmen ist möglich

Herr Hey fragt, warum nicht jedes Gewerk an zwei Unternehmen vergeben wurde.

Herr Bessel teilt mit, dass dies unüblich ist und die Firmen die Leistungsfähigkeit abgestimmt und nachgewiesen haben.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 8.1

Zweiter Vergabebericht der Stadt Eberswalde

I/057/2012

Herr Müller merkt an, dass die Zahl der freihändigen Vergaben die Gesamtzahl aller übrigen Vergaben übersteigt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt nimmt den anliegenden Vergabebericht der Stadt Eberswalde für das Jahr 2011 zur Kenntnis.

TOP 9

Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

9.1 Herr Zinn äußert seinen Unmut über die, aus seiner Sicht, Verzögerungstaktik zum Thema Regenrückhaltebecken für das Brandenburgische Viertel.

Weiterhin weist er darauf hin, dass bei extremen Gewittern oder lang anhaltenden Regenfällen Straßenteile der Frankfurter und der Potsdamer Allee einschließlich Betriebshof sowie vor dem Hintereingang des Einkaufszentrum "Heidewald" unter Wasser stehen.

Er fragt, wie lange der Skaterplatz geschlossen bleibt und bittet darum, die Schüler und Lehrer der Grundschule Schwärzesees in die Planung mit einzubeziehen.

Frau Fellner teilt mit, dass der Verwaltung auf keinen Fall die Entscheidung leicht fällt, 2012 noch kein neues größeres Regenrückhaltebecken zu bauen, um die Fehlplanung von 1976 gut- zumachen. Das Geld für einen Neubau ist nicht da. Es muss auch aus ökologischer Sicht versucht werden, vor Ort das anfallende Regenwasser versickern zu lassen.

Zum Hinweis Schwärzesees Schule teilt Frau Fellner mit, dass Abstimmungen mit den Schülern und der Schulleitung erfolgen werden.

Frau Köhler informiert, dass die Skaterbahn ca. 2 Wochen geschlossen bleiben muss, da die angefallenen Mängel in die Gewährleistung der Bau ausführenden Firma fallen und diese die Leistung erbringen muss.

Weiterhin teilt Frau Köhler mit, dass die vorgesehenen Arbeiten in der Frankfurter Allee im

Herbst abgeschlossen sind.

9.2 Herr Müller fragt nach dem Arbeitsstand der Stadtpromenade.

Frau Fellner teilt mit, dass die Vergaben vorbereitet werden.

9.3 Frau Oehler fragt, warum die Beschlussvorlage: Förderung kleiner und mittelständischen Unternehmen (KMU) nicht im ABPU behandelt wurde. Sie stellt fest, dass 50 % der Förderung in die Innenstadt geflossen ist aber für die weiteren 50 % keine genaue Festlegung ersichtlich ist.

Frau Leuschner teilt mit, dass es nur noch Förderung für die Innenstadt geben wird.

Frau Oehler ist der Meinung, dass eine Gebietskulisse zur KMU-Förderung für den Außenbereich, wie zum Beispiel für Finow oder dem Brandenburgischen Viertel, festgelegt werden sollte.

Frau Fellner teilt mit, dass die Verwaltung Prämissen festgelegt hat, wie die KMU Förderung gesteuert werden kann und darüber werden die Stadtverordneten im Hauptausschuss und in der Stv abstimmen.

9.4. Herr Baaz fragt nach der Auswertung des Dialogdisplays in der Straße, Nähe Wasserturm und wann diese bekannt gegeben wird.

Frau Fellner teilt mit, dass die Auswertung in der September Sitzung erfolgt.

Weiterhin fragt er, wann die Straße hinter dem Friedhof aufgemacht wird, da die Beschilderung immer noch steht. Die Kleingärtner befürchten, dass der Weg weiterhin genutzt wird, dieser müsste mit großen Steinen abgesperrt werden.

Frau Fellner informiert, dass die Arbeitsaufträge nacheinander abgearbeitet werden und in der September Sitzung auch darüber berichtet wird.

9.5. Herr Banaskiewicz fragt, ob die Regenentwässerung des Toom-Baumarktes auch in das Regenrückhaltebecken des Brandenburgischen Viertels eingeleitet wird.

Frau Fellner teilt mit, dass das nicht der Fall ist, und verweist auf die Fehlplanung des Rückhaltebeckens 1976. Die Dimensionen wurden nicht richtig berechnet und eingeschätzt.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde - Beschluss über die öffentliche Auslegung zum FNP-Entwurf

BV/766/2012

Herr Sachse teilt mit, dass die Planung das Ergebnis einer sehr intensiven Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Arbeitsgruppe FNP und einiger hier Anwesenden ist.

Frau Fellner begrüßt Herrn Busch und Herrn Dr. Eichstädt vom Planungsbüro und bedankt

sich für die konstruktive Zusammenarbeit.

Ausdrücklich bedankt sich Frau Fellner bei Frau Fritze vom Stadtentwicklungsamt für die sehr gute und vorbildliche engagierte Arbeit.

Frau Fellner gibt noch kurze Ausführungen zum FNP und den eingearbeiteten Änderungen und Ergänzungen. **Präsentation siehe Anlage 7**

Herr Busch bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

1. Der gemäß Beschluss 32/357/11 (Flächennutzungsplan –Vorentwurf; Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung“) erarbeitete Entwurf des Flächennutzungsplans der Stadt Eberswalde und seine Begründung (Teil A und Teil B) werden für das gesamte Stadtgebiet in der vorliegenden Fassung vom 12.04.2012 gebilligt.
2. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes und seine Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen. Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die öffentliche Auslegung bekannt zu machen und mitzuteilen, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.

TOP 10.2

Aufgabenkritik

BV/783/2012

Herr Gatzlaff gibt einige Ausführungen zur Beschlussvorlage. Die anliegende Präsentation ist eine Fortschreibung über die Jahre. Über die dort festgelegten Ergebnisse und deren Abarbeitungsstände ist heute abzustimmen.

Herr Müller regt an, die Präsentation mit Seitenzahlen zu versehen und fragt, warum wurde keine Prioritätenliste für eine barrierefreie Stadt erstellt, um diese danach abzarbeiten. Frau Fellner teilt mit, dass in einem Rund-Tisch-Gespräch eine Liste für den Teil der Straßenunterhaltungsarbeiten erarbeitet wurde, diese in diesem Jahr abgearbeitet wird und für die Folgejahre weitergeführt wird. Dies gilt auch für die Grundsatzthemen und deren Verbesserung in den weiteren Jahren.

Herr Hey fragt, ob über eine Senkung der Grundsteuer nachgedacht wurde.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass die Grund- und Gewerbesteuern nicht zurückgestuft werden können, da die Ausgaben auch gestiegen sind und nur ein kleines Plus zu verzeichnen ist.

Herr Pringal fragt nach der Anzahl der Personen und der Personalkosten des Amtes für Wirtschaftsförderung (Amt 80). Es ist nicht nachvollziehbar. Es ist kein Personal eingespart worden im Gegenteil es sind neue Amtsbereiche und die zugehörigen Amtsleiterstellen geschaffen worden.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass die Verwaltung vom Beginn 1997 bis jetzt auf 1/3 an Personal geschrumpft ist und die Struktur der Aufgaben sich verändert hat, es sind viele Pflichtaufgaben geblieben, die mit dem restlichen Personal gelöst werden müssen. Im Jahr 2007 sind 29 KW Vermerke gesetzt worden. Die Arbeitsaufgaben mussten auf die anderen Mitarbeiter umverteilt werden.

Die Anzahl der Mitarbeiter ist von 6 auf 4 gekürzt worden. Eine Mitarbeiterin ist zum Amt 61 gewechselt (mit den Arbeitsaufgaben). Eine Stelle ist durch Weggang frei geworden, diese ist dem Amt 40 zugeordnet worden, um eine Sozialarbeiterstelle zu schaffen.

Herr Dr. Spangenberg fragt, was eine Defibrillator ist und wie die Verwaltung zu der Annahme kommt, durch eine zweite Rotlichtüberwachungsanlage mehr Geld einnimmt, da die Anschaffungskosten erst einmal gedeckt werden müssen.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass ein Defibrillator ein Notfallrettungsgerät ist. Weiterhin teilte er mit, dass sich die Anschaffung einer weiteren Rotlichtüberwachungsanlage rechnet, da die erste Anlage sich bereits in diesem Jahr refinanziert hat.

Herr Nuglich fragt, ob es eine Trennung zwischen Verkehrsbußgeldbescheiden und Bußgeldbescheide an Hundebesitzer gibt? Er führt das Beispiel anhand Berlin auf, wo im Jahr 2010, 174 Busgeldbescheide für Hundebesitzer und 2,875 Millionen Busgeldbescheide für Verkehrssünder versendet worden.

Herr Sachse teilt mit, dass dies im zuständigen Ausschuss besprochen wurde und das Verhältnis in der Größenordnung Eberswalde zu Berlin gleichzusetzen ist.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass die Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten kein Geschäft für die Stadt ist, sondern jeglicher Art der Verfolgung im Jahr 200.000 € kostet. Der Zuschussbedarf beläuft sich insgesamt (Personalkosten, Sachkosten, usw.) auf 400.000 € im Jahr.

Herr Grohs ist der Meinung, dass die Stadt sich keinen großen Dienst erweist, das Amt für Wirtschaftsförderung nur mit vier Mitarbeitern zu besetzen. Es ist eindeutig eine Verschlechterung und Schwächung des Amtes, um die Wirtschaft in Eberswalde voranzubringen. Die Stadtverordneten sollten Einfluss nehmen, das Amt 80 nicht zu schwächen.

Herr Gatzlaff teilt mit, dass am 15.12.2011 die Stadtverordneten beschlossen hat, eine Stelle zu streichen. So verbleiben noch 4 Stellen im Amt 80.

Herr Banaskiewicz teilt mit, dass er der Steuererhöhung zugestimmt hat, aber große Probleme

me damit hatte. Die Begründung damals war, wenn nicht zugestimmt wird, haben wir keinen ausgeglichenen Haushalt.

Er wird nicht abstimmen, da die Absicht, die mit der Beschlussfassung getroffen wird, nicht genau zu erkennen ist.

Herr Banaskiewicz ist dafür, dass die Stadt erneuert und schön gestaltet wird, es sollte dabei nicht vergessen werden, dass alle Neuanlagen im Nachgang auch gewartet und unterhalten werden müssen, die finanziellen Mittel müssen in den Folgejahren eingeplant werden. Eine Aufstockung des Amtes 80 sieht er nicht als notwendig an.

Herr Dr. Götz regt an, wie in anderen Städten, eine ordnungsrechtliche Verfolgung an Hand eines DNA-Abgleiches. (Strafsatz 150 €, Untersuchung 36 €)

Herr Sachse fragt, warum überhaupt der Arbeitsstand beschlossen werden muss?

Herr Gatzlaff teilt mit, dass in Februar 2012 darüber informiert wurde, einen Beschluss im Juni 2012 zu fassen. Die Stadtverordneten wurden gebeten, Anregungen, Erweiterungs- oder Streichungshinweise einzureichen, um in einem ausreichenden Zeitraum diese einarbeiten und diskutieren zu können. Es sind keine Hinweise oder Änderungswünsche aus den Fraktionen eingegangen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. die **Umsetzung** der im bisherigen Diskussionsprozess der Aufgabenkritik bereits **befürworteten Dauer- und Einzelmaßnahmen** gemäß der als Anlage 1 beigefügten Präsentation „Aufgabenkritik wegen mangelnder kommunaler Finanzausstattung 2010 ff“ (= die Maßnahmen, die mit einem grünen versehen sind).
2. die Ablehnung der Maßnahmen gemäß der als Anlage 1 beigefügten Präsentation „Aufgabenkritik wegen mangelnder kommunaler Finanzausstattung 2010 ff“ (= die Maßnahmen, die mit einem roten versehen sind), die schon im bisherigen Diskussionsprozess keine Zustimmung fanden)
3. die Kenntnisnahme der bereits erledigten Maßnahmen gemäß der als Anlage 1 beigefügten Präsentation „Aufgabenkritik wegen mangelnder kommunaler Finanzausstattung 2010 ff“ (violett dargestellt)
4. Die konsequente Fortführung des Diskussions- und Umsetzungsprozesses in der Aufgabenkritik auf der Grundlage der Ziele, der strategischen Ausrichtung und der zur

Verfügung stehenden bzw. einzusparenden Ressourcen der Stadtverwaltung Eberswalde.

TOP 10.3

Weitere Betreuung des Familiengartens

BV/745/2012

Wurde von der Tagesordnung genommen.

TOP 10.4

Bebauungsplan Nr. 140 "Brauerei" - Beschluss über die öffentliche Auslegung

BV/785/2012

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

4. Der nach Maßgabe der Synopse vom 20.04.2012 erarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 140 „Brauerei“ und seine Begründung Stand: Juni 2012 werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 140 „Brauerei“ und seine Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die öffentliche Auslegung bekannt zu machen und mitzuteilen, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.

TOP 10.5

Bebauungsplan Nr. 626 "Industrie- und Innovationszentrum Finow" - Einleitung des 1. Änderungsverfahrens

BV/786/2012

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Die Einleitung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 626 „ Industrie- und Innovationszentrum Finow “ nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird auf Grund sei-

nes geänderten Geltungsbereiches erneut beschlossen.

Zum Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 626 „ Industrie- und Innovationszentrum Finow “- 1. Änderung gehören folgende Flurstücke:

Gemarkung Finow, Flur 9, Flurstücke 58 tlw., 96, 114 tlw., 115 tlw., 116, 119, 120, 121 tlw.,
Gemarkung Finow, Flur 11, Flurstücke 57 tlw., 59, 60

Der Übersichtsplan in der Anlage 1 (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Einleitungsbeschlusses.

Die Bebauungsplanänderung bezieht sich auf die im Bebauungsplan Nr. 626 „ Industrie- und Innovationszentrum Finow “ festgesetzten Gewerbegebiete GE 1 und GE 2. Zur Sicherung der Zielsetzung des Bebauungsplanes Nr. 626, der Entwicklung des Gewerbegebietes als Technologiestandort des produzierenden und arbeitsplatzintensiven Gewerbes und zur Stärkung des vorhandenen industriellen Kerns, bedarf es der nachträglichen Feinsteuerung bezüglich der festgesetzten Art der baulichen Nutzung, um das derzeit im Trend liegende großflächige Errichten von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in erschlossenen Gewerbegebieten auf ein mit der Zielsetzung des Bebauungsplanes Nr. 626 vereinbares Maß zu steuern.

Die Bebauungsplanänderung dient dem Ausschluss von Freiflächen-Photovoltaikanlagen.

Hingegen sollen Dach- und Fassadenanlagen auf und an Betriebsgebäuden zulässig bleiben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einleitung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 626 „ Industrie- und Innovationszentrum Finow “ ortsüblich bekannt zu machen.

Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen.

TOP 10.6

Stellungnahme der Stadt Eberswalde als Betroffene zum Planfeststellungsverfahren 380-kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen 481/482 (Uckermarkleitung), Planänderung Mast Nr. 230-251

BV/787/2012

Frau Fellner gibt eine Erläuterung zu den Stellungnahmen, die vom Grundsatz her für beide Beschlussvorlagen BV/787/2012 und BV/788/2012 gelten.

Präsentation Siehe Anlage 8

Herr Sachse lässt gleichzeitig im Verbund über die Beschlussvorlagen BV/787/2012 und BV/788/2012 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt befürwortet die folgenden Grundsätze für die Stellungnahme als Betroffene im o. g. Planfeststellungsverfahren:

Die Stadt Eberswalde stimmt der beabsichtigten dauerhaften und/oder zeitlich befristeten Inanspruchnahme städtischer Grundstücke für die Errichtung einer 380 kV – Freileitung nicht zu.

Die Vorhabenträgerin hat nicht nachgewiesen, dass die Errichtung einer 380 kV – Freileitung im Stadtgebiet von Eberswalde mangels Alternativen unumgänglich ist und die beabsichtigten Eingriffe in Vermögens- und Grundstücksrechte der Stadt Eberswalde auf das unvermeidbare Maß beschränkt wurden.

Sofern die Vorhabenträgerin zweifelsfrei und nachvollziehbar die Notwendigkeit der Uckermarkleitung nachweisen kann, fordert die Stadt Eberswalde zur Minimierung der Eingriffe in die Vermögens- und Grundstücksrechte der Stadt die Realisierung des Vorhabens als Erdkabeltrasse im Trassenkorridor der bestehenden 220 kV - Leitung.

Der Bürgermeister wird beauftragt eine entsprechende Stellungnahme zu verfassen und fristgerecht bis zum 16.07.2012 an die verfahrensführende Behörde zu senden.

TOP 10.7

Stellungnahme der Stadt Eberswalde als Träger öffentlicher Belange zum Planfeststellungsverfahren 380-kV-Leitung Bertikow-Neuenhagen 481/482 (Uckermarkleitung), Planänderung Mast Nr. 230-251

BV/788/2012

Präsentation Siehe Anlage 8

Herr Sachse lässt gleichzeitig im Verbund über die Beschlussvorlagen BV/787/2012 und BV/788/2012 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt befürwortet die folgenden Grundsätze für die Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange im o. g. geänderten Planfeststellungsverfahren:

Die Stadt Eberswalde stimmt weiterhin der beabsichtigten Errichtung einer 380 kV – Freileitung (Uckermarkleitung) durch das Stadtgebiet von Eberswalde aus folgenden Gründen nicht zu:

- die Planrechtfertigung wurde nicht nachgewiesen
- beträchtliche Gefährdungen des Schutzgutes Mensch durch elektromagnetische Immissionen sind aufgrund unterschrittener Mindestabstände nicht auszuschließen
- es sind unverhältnismäßige Beeinträchtigungen des Stadt- und Landschaftsbildes zu erwartenden,
- die weitere Entwicklung der tangierten bzw. überspannten Gewerbe- und Industriestandorte wird gehemmt
- die Notwendigkeit zur Beeinträchtigung von sensiblen Schutzgebieten wurde nicht hinreichend begründet

Sofern die Vorhabenträgerin zweifelsfrei und nachvollziehbar die Notwendigkeit der Uckermarkleitung nachweisen kann, fordert die Stadt Eberswalde zum Schutz der Bevölkerung und zur Minimierung der Eingriffe in das Stadtbild und die wirtschaftliche Entwicklung des Regionalen Entwicklungskerns Eberswalde die Realisierung des Vorhabens als Erdkabeltrasse im Trassenkorridor der bestehenden 220 kV - Leitung.

Der Bürgermeister wird beauftragt eine entsprechende Stellungnahme zu verfassen und fristgerecht bis zum 16.07.2012 an die verfahrensführende Behörde zu senden.

TOP 10.8

Baubeschluss Sanierung Schillertreppe

BV/778/2012

Herr Müller fragt, warum die Beleuchtung nicht, wie in der Vorplanung vorgesehen, im Handlauf ausgeführt wird sondern Leuchtstelen aufgestellt werden und ob das mit dem Denkmalschutz abgestimmt wurde?

Was ist mit den Belagsmaterialien für die Treppenpodeste, wenn diese nicht ausreichend vorhanden sind?

Frau Fellner teilt mit, dass die Beleuchtung im Handlauf nicht ausreicht die Barrierefreiheit herzustellen, da die Zwischenpodeste nicht ausreichend beleuchtet werden. Die Denkmalbehörde hat ihre Zustimmung zu den Leuchtstelen gegeben.

Frau Köhler teilt mit, dass die Podeste aus neuem Mosaikpflaster hergestellt werden, was mit der Denkmalbehörde abgestimmt wurde. Das alte Material wird geborgen und auf dem Bauhof zwischengelagert und bei Bedarf im Stadtgebiet eingesetzt.

Herr Postler fragt, ob die Herstellung des Wasserbeckens, wie in der Vorplanung angedacht war, weiter in die Betrachtung einbezogen wird.

Frau Köhler teilt mit, dass dies mit betrachtet wurde und verweist auf den Aufruf an die Bevölkerung. Es wurde die Kosten ermittelt und ein Variantenvergleich dargestellt. Die Verwaltung schlägt aus Kostengründen vor, ein Pflanzbeet ohne Speier auszuführen, da die Bau- und die Unterhaltungskosten in den Folgejahren zu hoch sind.

Herr Pringal erinnert an seine damals genanten Bedenken zur Geschiebe-Mergelschicht im oberen Bereich und den Hinweis diese zu entfernen sowie den Boden auszutauschen, um die Gründung der oberen Treppenanlage zu gewährleisten.

Frau Köhler teilt mit, dass die Prüfung erfolgt ist und die Gründung durch einen Statiker nachgewiesen wurde.

Frau Oehler bittet zu überlegen, ob eine Beleuchtung der Treppe notwendig ist da die Nutzung der Treppe eher gering ist. Es sollte vielmehr darauf geachtet werden, die Lichtverschmutzung in den Städten zu vermeiden.

Weiterhin stellt sie fest, dass es schön wäre, ein Wasserbecken zu bauen. Ist es möglich das Becken zu einem späteren Zeitpunkt mit einem geringen Aufwand in ein Wasserbecken umzufunktionieren, wenn die Mittel (Spenden von Bürgern) vorhanden sind?

Frau Fellner bedauert es auch sehr, dass das Wasserbecken nicht gebaut werden kann. Aus Sicht der knappen Haushaltskasse ist der Bau und die Unterhaltung so einer Anlage Luxus, den sich die Stadt jetzt und später, auch an anderen Standorten, nicht leisten kann.

Das Thema Wasser wird durch die Auswahl der Stauden und Blumenzwiebeln nachempfunden.

Die Beleuchtung der Treppenanlage ist unumgänglich aus Sicht der Barrierefreiheit.

Herr Banaskiewicz sieht die Planungskosten als zu hoch an.

Frau Fellner teilt mit, dass es sich nicht nur um Planungskosten handelt, sondern die Dokumentation für den Denkmalschutz und die Kosten für einen Statiker mit einfließen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt befürwortet die Entwurfsplanung für die Sanierung der Schillertreppe zu und beschließt den Bau der Sanierung der Schillertreppe.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.9

Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrag Blumenwerderstraße 9

BV/781/2012

Herr Dr. Spangenberg hält die Beantragung der Fördermittel für rechtlich bedenklich.

Frau Fellner weist darauf hin, dass das seit zwanzig Jahren in der Stadt Eberswalde in der

Städtebauförderung so geregelt und rechtmäßig ist. Es ist der Sinn und das Ziel der Städtebauförderung, umfangreiche schwierige Maßnahmen von privaten Investoren durch diese Art von Förderung im Sanierungsgebiet zu unterstützen. Dies ist zuletzt bei der Maßnahme Salomon-Goldschmidt-Straße 16 gemacht worden und wird nunmehr in der Blumenwerderstraße 9 beim Eigentümer WHG vollzogen.

Herr Hey fragt, ob bei der Rentierlichkeitsberechnung die gewerbliche Nutzung mit berücksichtigt worden ist.

Frau Leuschner teilt mit, dass der Sachverhalt berücksichtigt wurde.

Herr Banaskiewicz teilt mit, dass auch er Bedenken bei der S.-Goldschmidt-Straße 16 hatte und muss aus heutiger Sicht feststellen, dass die Sanierung dieses Objektes mit Hilfe der Städtebauförderung ein gelungenes Vorhaben ist. Es ist gut, dass die Stadt diese Fördermittel beantragen kann.

Die Baumaßnahmen an diesem Objekt haben bereits begonnen, ist dann noch eine Förderung möglich?

Frau Fellner teilt mit, dass die geförderten Baumaßnahmen noch nicht begonnen wurden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt befürwortet den Beschlussvorschlag:

Dem Abschluss des Modernisierungs- und Instandsetzungsvertrages mit der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH zur Sanierung des Einzelvorhabens Blumenwerderstraße 9 im Rahmen der Städtebauförderungsrichtlinien 2009 StBauFR wird zugestimmt.

Gemäß § 49 Abs. 5 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg wird von einer Veröffentlichung des Beschlusses abgesehen.

Wolfgang Sachse
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau,
Planung und Umwelt

Gerda Schulz
Schriftführerin

